Monitor „Digitale Verwaltung 4“

Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) hat seinen vierten Monitor zur digitalen Verwaltung vorgelegt. Im Mittelpunkt steht wiederum die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG) bis Ende 2022. Denn – das hat die Corona-Krise mehr als deutlich gezeigt – ohne eine wirksame Digitalisierung ist die Bekämpfung der Pandemie nur schwer möglich. Informationen müssen zeitnah vorliegen und nicht durch Medienbrüche verzögert oder gar fehlerbehaftet sein. Noch immer befindet sich Deutschland in der Digitalisierungsliga der EU im hinteren Mittelfeld (Platz 21 von 28). Für eine nachhaltige Verbesserung fordert der NKR eine Strategie, die

- über das Jahr 2022 hinausreicht,
- nicht nur den Online-Zugang sondern auch die anschließenden Fachverfahren in den Verwaltungen im Blick hat und
- ein verlässliches Fundament für die Verwaltungsdigitalisierung im föderalen Kontext bereitstellt.

Dabei, so der NKR, komme es nicht nur darauf an, Geld zur Verfügung zu stellen. Vielmehr sollte auch die Komplexität bei der OZG-Umsetzung reduziert werden, um schneller zu Erfolgen gelangen zu können. Das spreche auf den ersten Blick für ein „One-for-all-Prinzip“, d.h. jeweils eine einheitliche Lösung zu suchen. „Zur Reduzierung der Komplexität und zur Beschleunigung jeglichen Umsetzungsszenarios bedarf es neben der technischen auch der vergaberechtlichen Standardisierung und Vereinfachung. Das vom IT-Planungsrat zur Kenntnis genommene Konzept eines *FIT-Stores* verfolgt diesen Ansatz. Dies bedeutet: Einmal entwickelte Lösungen sollen in einem vereinfachten Verfahren von einer Verwaltung an interessierte andere Verwaltungen weitergegeben werden können. Dies soll „inhouse“, d.h. ohne separate Ausschreibung, geschehen.“ (S. 4)

Nach diesem Prinzip arbeitet das genossenschaftlich organisierte Konsortium govdigital öffentlicher IT-Anbieter. Das allerdings berge, so der NKR, die Gefahr monopolistischer oder oligopolistischer Strukturen. Daher plädiert der NKR für eine Plattform-Lösung, die es jedem Anbieter ermöglicht nach den dort formulierten Standards eigene Lösungen zu entwickeln. Denn die Innovationskraft gerade auch von start-ups müsse genutzt werden.

Nicht zum ersten Mal mahnt der NKR an, bereits Rechtsvorschriften so zu konzipieren, dass sie für digitale Anwendungen tauglich sind. Hier bestehe noch erheblicher Nachbesserungsbedarf, da in den Ressorts noch viel zu wenig der spätere effiziente Verwaltungsvollzug in den Blick genommen werde. „Eine Ausnahmeregelung des Bayerischen Verkehrsministeriums zeigt sehr schön, was viel häufiger erwogen werden sollte: Um in Zeiten von Corona KFZ im Internet einfacher als bisher an-, ab- oder ummelden zu können, wurde geregelt, dass die Eingabe von Benutzername und Passwort genügt. Bisher waren KFZ-Onlineverfahren nur mit elektronischem Personalausweis und Lesegerät (oder passendem Smartphone) möglich. Im Ergebnis stieg die Nutzung der KFZ-Onlineservices in Bayern um das Neunzehnfache.“ (S. 5)

Der NKR verweist im Übrigen darauf, dass ein Jahr später als das OZG die Single Digital Gateway Verordnung der EU (SDG) umgesetzt sein muss. Spätestens dann hätten die Bürger wohl einen einklagbaren Anspruch auf den elektronischen Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen. Allerdings umfasse die SDG weit weniger als die 588 Leistungen des OZG. Daher sei immer häufiger zu hören, dass vorrangig die SDG-Leistungen bearbeitet werden sollten. In einer umfassenden Gegenüberstellung beschreibt und bewertet der NKR den Sachstand der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in den Feldern

- Verbindlichkeit, Zusammenarbeit, Steuerung
- Organisation, Finanzierung, Personalressourcen
- Nutzerorientierung, Rechtsanpassung, Datenschutz
- Architekturmanagement, Infrastruktur, Standardisierung

Eher beiläufig verweist der NKR auch darauf, dass die Legislaturperiode in knapp einem Jahr endet, der Zeitraum für gesetzgeberische Aktivitäten also bestenfalls ein halbes Jahr beträgt. Erst 2022 könnten die Arbeiten dann weitergeführt werden. *Die Zeit drängt also*. Allerdings ist das Vertrauen in die Digitalisierungsfähigkeit der Regierung nicht sehr ausgeprägt. In einer Umfrage (S.21) waren 2019 nur rd. 10% der Befragten der Überzeugung, dass die Regierung nicht nur den Willen zur Digitalisierung habe sondern diese auch umsetzen könne.

Quelle: Nationaler Normenkontrollrat, Monitor Digitale Verwaltung #4, September 2020, zum download unter <https://www.normenkontrollrat.bund.de/nkr-de/stellungnahmen/monitor-digitale-verwaltung-4-1783150>

September 2020